

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

08.05.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Nord Stream: Erwin Sellering muss aussagen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 06.05.2023</i> .....	3
2   <b>Der Endlager-Schwindel</b> <i>WELTplus, 05.05.2023</i> .....	4

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 06.05.2023 | S. 19

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

## UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

# Nord Stream: Erwin Sellering muss aussagen

## Der Untersuchungsausschuss im Landtag hat sich auf rund 30 Zeugen verständigt

Bei der Aufarbeitung von Hintergründen zum Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 und der Gründung der Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV geht es jetzt ans Eingemachte: Der Untersuchungsausschuss im Landtag hat nach OZ-Informationen am Freitag (5. Mai) die Vorladung hochkarätiger Zeugen beschlossen, darunter sind ein früherer Ministerpräsident und drei amtierende Minister der Landesregierung.

Seit einem Jahr befassen sich Abgeordnete des Landtags mit möglicher politischer Einflussnahme und diversen Skandalen rund um Nord Stream 2 und Stiftung. Treiber ist die Opposition - CDU, FDP, Grüne. Die aktuelle Landesregierung von SPD und Linke hat allerdings die Mehrheit im Ausschuss. Reibung ist also programmiert. So sei es auch am Freitag gewesen, denn während die „Jamaika“-Opposition aktuelle Themen, wie das Verbrennen von Steuerunterlagen der Stiftung im Ausschuss, gern möglichst früh besprechen will, poche Rot-Rot auf chronologische Abarbeitung der Abläufe.

Dennoch habe sich der Ausschuss zunächst auf rund 30 zu ladende Zeugen verständigt - mit dicken Polit-Brocken. Vernommen werden sollen Ex-Ministerpräsident Erwin Sellering, der heute Kopf der Klimastiftung ist. Außerdem drei Minister: Heiko Geue (Finanzen, früher Chef der Staatskanzlei), Reinhard Meyer (Wirtschaft, früher Finanzen - alle SPD) und Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke). Vor dem Ausschuss müssen Angaben wahrheitsgemäß gemacht werden - wie vor einem Richter.

Die beschlossene Zeugenliste liest sich weiter pro-

minent: Finanzstaatssekretärin Carola Voß und der Vorpommern-Staatssekretär Heiko Miraß (beide SPD) sind darunter. Miraß war zuvor Staatssekretär für Finanzen. Zudem haben CDU, FDP und Grüne auch die Ladung mehrerer Mitarbeiter des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten durchgesetzt - vom Leiter bis zur Beamtin, die Steuerunterlagen im Kamin verbrannte („Kamin-Gate“). Ebenfalls geladen: eine Vertreterin der Staatsanwaltschaft Schwerin und ein früherer Nord-Stream-Manager.

Auch SPD und Linke haben Zeugen benannt - wohl zur Entlastung der Regierung beim Thema Nord Stream und zu früher drohenden US-Sanktionen. Darunter sind die ehemaligen Bürgermeister von Sassnitz und Lubmin, Frank Kracht und Axel Vogt, der Chef des Fährhafens Sassnitz, Harm Sievers, und die Vorpommern-Landräte Stefan Kerth (SPD) und Michael Sack (CDU).

„Die SPD spielt auf Zeit“, kommentiert Sebastian Ehlers (CDU). Dies zeigten die vielen Zeugen zu Sassnitz. So werde es lange dauern, bis auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Altkanzler Gerhard Schröder vernommen werden können. „Was will die Landesregierung verbergen?“, fragt Hannes Damm (Grüne).

Thomas Krüger (SPD) kontert: Auch die Hintergründe zur Stiftungsgründung gehören zur Aufklärung. SPD und Linke hätten auch die Zeugenwünsche der Opposition „respektiert und unterstützt“.

### Zitat-Text:

**„Die SPD spielt auf Zeit.“ - Sebastian Ehlers (CDU), Untersuchungsausschuss**

 WELTplus | 05.05.2023

 Daniel Wetzel

 WEBLINK
**ERST IM JAHR 2114?**

## Der Endlager-Schwindel

*Bis zum Jahr 2114 dürfe es dauern, bis Deutschland endlich über ein Endlager für seinen strahlenden Müll verfügen wird. Der gigantische Aufwand soll größtmögliche Sicherheit gewährleisten. Doch stattdessen schafft er zusätzliche Risiken - und verbaut die Zukunft.*

Armin Grunwald war das Unbehagen anzusehen. Das von ihm als Ko-Vorsitzender geleitete "Nationale Begleitgremium" (NBG) hatte den Auftrag, die Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein deutsches Atomendlager "vermittelnd und unabhängig" zu begleiten. Aufgabe des Bürgerforums sollte es sein, "Vertrauen" in die Endlagersuche zu ermöglichen.

So steht es im Standortauswahlgesetz, kurz StandAG. Doch das mit Bürgern und "anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" besetzte Gremium hatte versagt. Das ließ sich am 9. Dezember 2022 nicht mehr wegdiskutieren. "Viele haben das Vertrauen verloren", gab Grunwald auf der 69. Sitzung des NBG zu.

An diesem Tag hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Grunwalds Gremium darüber informiert, dass die gesetzlichen Bestimmungen der Endlagersuche in einem wichtigen Punkt nicht mehr erfüllt werden können. Die laut Paragraph 1 StandAG anzustrebende Auswahl eines Endlagerstandorts im Jahr 2031 müsse man nun leider als unrealistisch ansehen.

Die Suche werde wohl länger dauern. Nicht zwei oder drei Jahre, eher so 30 oder 40. Es könnten aber, das zeichnet sich jetzt ab, auch 50 Jahre oder mehr werden. Und dann ist nur der Standort gefunden, darauf folgen Jahrzehnte für Planung, Genehmigungen, Bau. Bis das Lager in Betrieb geht, dürften fast 100 Jahre vergehen.

"2031 ist in weite Ferne gerückt, auf einmal kursieren Jahreszahlen einer ganz anderen Dimension", klagte Grunwald, der auch Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag ist. "Das hat viele Menschen erschreckt, besonders fühlt sich mancher Sorgenträger an Zwischenlagerstandorten bestätigt." Wenn jetzt auf einmal Zah-

len kursierten, "die bis in die 60er-Jahre hineinreichen, fragen sich viele: Was soll man denn da noch glauben, wem soll man denn da noch vertrauen?"

Grunwald stellt die richtigen Fragen. Das Endlagerproblem ist neben der Betriebssicherheit eines von zwei zentralen Argumenten gegen die Nutzung der Kernenergie hierzulande. Doch anders als in praktisch jedem anderen Land der Welt blockiert dieses Problem in Deutschland die Entwicklung weiterführender technologischer Optionen.

### Zukunftsoptionen werden blockiert

Es geht nicht nur um den Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), angesichts einer prekärer werdenden Energieversorgung im Freistaat den Reaktor Isar 2 weiterzubetreiben. Die FDP fordert, die deutschen Atommeiler sicherheitshalber nur einzumotten statt abzureißen. Vor allem aber werden Zukunftsoptionen blockiert.

Die Diskussion um eine womöglich sinnvolle Entwicklung von inhärent sicheren und abfallarmen Kleinstreaktoren oder Kernkraftwerken der vierten Generation bricht regelmäßig in deutschen Talkshows und oft auch an Stamm- und Küchentischen mit dem Totschlagargument ab: "Es gibt ja kein Endlager."

Warum noch keines gefunden ist, wird dabei in der Regel nicht debattiert. Ebenso wenig die Möglichkeit, dass die Deutschen nur deshalb über kein Endlager verfügen, weil es ihnen aufgrund politischer Partikularinteressen aktiv vorenthalten wird. 2009 hatten sich in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Emnid 61 Prozent der Bürger für eine weitere Nutzung der Kernenergie ausgesprochen, wenn das Problem der Endlagerung für hochradioaktive Abfälle gelöst werde.

Für die politisch vor allem bei den Grünen organisierten Atomkraftgegner musste deshalb die Offenhaltung dieser Frage ein Kernanliegen sein. Sie hatten Erfolg. Alle großen Parteien, einschließlich der CDU, wollten sich in Wahlen stets eine Koalition mit den Grünen als Machtoption offenhalten.

Daher nahmen sie hin, dass der politisch ausgewählte und technisch womöglich geeignete Endlagerstandort Gorleben in einer auch unter Wissenschaftlern umstrittenen "Abwägungsentscheidung" aus dem Suchprozess gestrichen wurde.

Der Rahmenzeitplan der Bundesgesellschaft für Endlagerung bestätigt heute der Größenordnung nach frühe Warnungen aus der sogenannten Endlagerkommission, wonach die Standortsuche realistischerweise nicht vor 2079 abgeschlossen sein werde. Nach Berechnungen des Kommissionsmitglieds und Physikers Bruno Thomauske ist mit der unterirdischen Verwahrung der Atomabfälle erst um das Jahr 2114 herum zu rechnen.

Als die Bundesregierung die Suche 2017 neu aufsetzte, hatte Armin Grunwalds Vorgänger im Nationalen Begleitgremium, der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU), noch an das Zieldatum 2031 geglaubt: Wenn es in dem Jahr nicht klappte, wäre er aber auch mit 2038 zufrieden, gestand er bei einer Feierstunde im Bundesumweltministerium ein: "Dann bin ich 100."

Schon damals hatten Fachleute der Endlagerkommission Zweifel an der Zeitvorgabe 2031. "Dennoch fand diese Zahl ihren Weg in das Gesetz", klagte der Töpfer-Nachfolger Grunwald nun. Hier irrt der Professor allerdings: Die grob irreführende Zahl hatte nicht "ihren Weg in das Gesetz gefunden", vielmehr hatten Politiker sie dort hineingeschrieben. Warnungen der Endlagerkommission, zu der am Karlsruher Institut für Technologie lehrende Grunwald damals selbst gehörte, wurden in den Wind geschlagen. An den Folgen werden die Bürger nahe der 16 deutschen Zwischenlager noch drei Generationen lang zu tragen haben. Denn dort wird der strahlende Abfall so lange in oberirdischen Hallen verwahrt.

Dass das laut Gesetz anzustrebende Datum 2031 um Jahrzehnte überschritten wird, hat ernste Konsequenzen. Thomauske, einst Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz, dann Kernkraft-Chef beim Energiekonzern Vattenfall und schließlich unabhängiger Wissenschaftler in der Endlagerkommission, hat die Folgen in einem noch unveröffentlichten Beitrag der internationalen kerntechnischen Fachzeitschrift "atw" aufgelistet.

So dürfte ein rund 100 Jahre dauernder Prozess bis zum Einschluss des Mülls die öffentliche Akzeptanz verlieren, insbesondere weil dies "so offenkundig jegliche Vorstellung von Generationengerechtigkeit verlässt", wie der Forscher schreibt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Bedeutung von "Generationengerechtigkeit" jüngst in seinem Beschluss zum Klimaschutz herausgehoben.

### **Der endlose Prozess ignoriert diverse Risiken**

Rechtsschutz gibt es ohnehin nur noch in Verfahrensfragen: Eine vollumfängliche gerichtliche Prüfung der Endlagerwahl ist erst nach der letzten behördlichen Genehmigung, also frühestens in rund 80 Jahren möglich.

Fraglich geworden sei auch die Sicherheit der Zwischenlager "über die sehr viel längeren Zeiträume und gegebenenfalls unter Einschluss möglicher terroristischer Auseinandersetzungen in neuer Qualität", warnt der Wissenschaftler. Die für Strahlenschutz zuständige Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hatte den Ausstieg aus der Atomkraft zuletzt auch mit Kriegsgefahren begründet. Der endlose Endlagersuchprozess ignoriert dieses Risiko jedoch.

Dazu kommen finanzielle Belastungen. Die Kosten der Zwischen- und Endlagerung hatten die Verbraucher in den vergangenen Jahrzehnten bereits mit ihrer Stromrechnung bezahlt. Die Summe von rund 23 Milliarden Euro wird von einem Fonds im Auftrag des Bundes verwaltet und galt nach Einschätzung von Wirtschaftsprüfern bislang stets als ausreichend. Mit dem Kollaps der Zeitplanung scheint nun sicher, dass der Steuerzahler Geld nachschießen muss.

Teuer könnte es überdies werden, weil laut Gesetz jeder potenzielle Endlager-Standort gesichert werden muss und daher jede Nutzung des tieferen Untergrunds - sei es für die Gasförderung oder die Erdwärme-Nutzung - genehmigungspflichtig ist. Da bis dato noch 54 Prozent der Fläche Deutschlands für ein Atomendlager infrage kommen, mussten Bundes- und Landesbehörden schon mehr als 7500 Anfragen darauf hin prüfen, ob die Bohrung einen künftigen Endlagerstandort zerstören würde. Gerade in Süddeutschland, das im Zuge der Energiewende sehr auf Geothermie setzt, ist dies ein enormer bürokratischer Aufwand und ein Nutzungsrisiko.

Eine der wenigen Möglichkeiten, die Suche zu beschleunigen, liegt für den Atomexperten Thomauske darin, einen deutschen Sonderweg zu beenden: Während alle anderen Staaten lediglich einen "geeigneten" Endlagerstandort suchen, beharrt die Bundesrepublik darauf, den "bestmöglichen" zu finden. Das be-

deutet, viele Standorte gleichzeitig auszuwählen, anzubohren, zu bewerten und zu vergleichen.

”Dabei ist die Frage bislang nicht beantwortet, ob dieser Anspruch nicht auf eine unmögliche Leistung gerichtet ist”, sagt er. Schließlich gebe es keine objektivierbaren Kriterien, nach denen sich die sehr unter-

schiedlichen Endlager-Optionen in Salz- und Granitgestein sowie Ton gerichtsfest vergleichen ließen. ”Im Ergebnis lässt sich bereits nach fünf Jahren Standort-suche feststellen, dass sämtliche Ziele verfehlt werden”, lautet das Fazit Thomauskas. ”Das Verfahren muss in dieser Form als gescheitert bewertet werden.”